

## Grüne wollen Großplakate verbannen

Fraktion fordert, Baordnung zu ändern

„Alles andere als stadtbildverträglich“ findet die Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus die um sich greifenden Großflächenwerbung. Am Leipziger Platz existieren inzwischen ein Drittel der sichtbaren Gebäude nur als Werbefassade, „weil die Werbeeinheiten für Eigentümer offenbar attraktiver sind als Wohn- und Gewerbeeinheiten“, sagte gestern die Abgeordnete Claudia Hämmerling beim Blick auf die falschen Fassaden mit ihren Werbepostern. Einer der wichtigsten Plätze Berlins sei ein Potemkinsches Dorf. Wenn sich Großwerbung dieser Art auf Gerüsten schon nicht verhindern lasse, sollte das Land Berlin „adäquat“ beteiligt werden, mindestens mit der Hälfte der „erkeklichen“ Werbeeinheiten.

Ein großes Poster an einer markanten Ecke in Mitte kann monatlich bis zu 30 000 Euro einbringen. Die Grünen fordern, die Baordnung so zu ändern, dass Werbeverhüllungen an privaten Baugerüsten künftig genehmigungspflichtig sind. Ein Katalog soll vorschreiben, wo Werbung unzulässig ist. Große Poster dürfen nicht dauerhaft vor einem Bauwerk hängen und die Sicht versperren.

An landeseigenen Bauwerken sollte Werbung nur noch erlaubt werden, wenn ohnehin für Sanierungsarbeiten eine Plane erforderlich ist. Eine öffentliche Ausschreibung könnte die vom Rechnungshof verlangte Kostentransparenz und Klarheit über die Dauer der Verhüllung gewährleisten. Großflächenwerbung sollte auf jeden Fall „städtetypisch und ästhetisch vertretbar“ sein. Die Fraktion der Grünen hat unter der Überschrift „Ganz Berlin eine Werbefläche“ einen Parlamentsantrag zur Steuerung und Kontrolle der Großflächenwerbung



Großwerbung am Checkpoint Charlie, der alte Eckbau ist verhallt. Foto: Grüne

eingebraucht. Auch Manuela Damianakis von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sprach gestern von einem „Problem“, das genau beobachtet werde. An Häusern seien Werbepaneele nur zulässig, solange dahinter auch gebaut werde. Das müssten die Bezirke überprüfen, das aber sei nicht immer einfach. Die Grünen-Fraktion glaubt, dass sich oftmals hinter der Werbung gar nichts tut.

Besonders umstritten waren die Großflächenwerbung an der Charité und am Charlottenburger Tor, auch bei Bebelplatz. Seit gerumer Zeit hängt an einem rund zehn Jahre alten Neubau an der Leipziger Straße ein großes Werbepanell in Fahrtrichtung des Verkehrs. Auch am Checkpoint Charlie ist das einzige alte Haus mit einem Werbepanell verhängt. „Es uert aus“, sagte Claudia Hämmerling. Und meinte damit nicht nur Haus- und Gerüstwerbung, dass der Bezirk die große Leuchtwerbung am Schönberger Gasometer – sie soll nächste Woche in Betrieb gehen – genehmigt habe, sei ebenfalls „abenteuerrlich“.

C. v. L.

# „Der Alexanderplatz soll Brüche haben“

Senatsbaudirektorin Regula Lüscher über langweilige Architekten und ihre Freude an außergewöhnlichen Entwürfen

Frau Lüscher, wie gefällt Ihnen der Pariser Platz?

Die Dimension des Platzes gefällt mir gut, mir gefällt nicht jede Architektur, die dort steht.

Für den Pariser Platz gab es aber eine Gestaltungssatzung.

Eine Gestaltungssatzung kann schlussendlich nicht Spitzenarchitektur garantieren. Aber sie kann Durchschnittsarchitektur in einen Dialog bringen, so dass nicht jeder Bau eine Diva für sich ist, sondern mit anderen einen Stadtraum bildet.

Wie hoch ist die Gefahr, dass diese Vorschriften Langeweile produzieren?

Die Satzung produziert so viel Langeweile, wie die Architekten langweilig sind. Der Pariser Platz ist das beste Beispiel. Für das Gebäude von Frank Gehry galt genau die gleiche Satzung wie für alle anderen. Aber dieser außergewöhnliche Architekt konnte daraus trotzdem ein innovatives Gebäude machen.

Gehry hätte ohne die Gestaltungssatzung ein vielleicht noch viel innovativeres Gebäude gemacht.

Aber Gehry hätte vielleicht an diesem Ort nicht ein Gebäude gemacht, das in den Kontext passt. Mit der Satzung passt es in den Kontext.

Was soll das Regelwerk für die historische Mitte leisten?

Das Gegenüber des Weltkulturerbes auf der Museumsinsel, aber auch des Forum Fridericianums, des Gendarmenmarktes, soll so gestaltet werden, dass es die Monumente nicht konkurrenziert oder in Konkurrenz zu ihnen tritt. Wir wollen Vorgaben für ein einheitliches Stadtbild formulieren, damit es eine gewisse Ruhe ausstrahlt und am Ende die Monumente besser zur Geltung kommen.

Es gibt kaum noch freie Baufelder, für die diese Gestaltungssatzung greifen könnte.

Das ist richtig. Aber es geht nicht nur um Architektur, sondern vor allem um die Werbung. Werbung ist wichtig für die Stadt, aber sie sollte eine gewisse Eleganz ausstrahlen.

Glasfassaden sind nicht mehr möglich?

Die kann ich mir tatsächlich schwer vorstellen. Das Chipperfield-Gebäude...

...die Sammlung Bastian gegenüber dem Neuen Museum...

...ist ein „absolut zeitgenössisches“ Gebäude, das sich aber sehr gut in eine solche Gestaltungssatzung einfügen würde, allein durch die Wahl des Materials.

Es ist eine Backsteinfassade, die es so in der Umgebung nicht gibt.

Richtig, aber ein heller Backstein, der die Farbigkeit der Umgebung aufnimmt. Auch der Anteil von Wand- zu Fensterfläche ist in einem ausgewogenen Verhältnis.

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen der Kritik Klaus Wowereits am Alexanderplatz und der Gestaltungssatzung für die historische Mitte?

Die Gestaltungssatzung liegt seit drei Monaten im Entwurf vor. Aber es gibt einen gewissen inhaltlichen Zusammenhang. Der Regierende bemängelt zu viele geschlossene Fassaden, auch etwas zu viel Werbung. Da gibt die Satzung Anhaltspunkte, wie die Verteilung von Fenstern auf den Fassaden und zu Regeln für die Werbung.

Das klingt, als würden Sie auch an einer Satzung für den Alexanderplatz arbeiten. Nein. Der Alexanderplatz besteht aus Gebäuden unterschiedlicher Epochen. Es wird uns nie gelingen, dort eine Einheitlichkeit hinzubekommen wie in der histo-



Gestaltin. Regula Lüscher wurde 2007 von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) zur Senatsbaudirektorin ernannt. Die 1961 in Basel geborene Architektin war zuvor stellvertretende Leiterin beim Amt für Städtebau in Zürich. Foto: Kitty Kleist-Heinrich

rischen Mitte. Der Alex als großstädtischer Ort darf und soll Brüche haben, er darf auch laut sein. Das ist ja ein Beleg für eine pulsierende Großstadt. Gestaltungssatzungen machen dort Sinn, wo man auf eine historische Bebauung Rücksicht nehmen muss.

Braucht es auch Respekt gegenüber der DDR-Modernen, zum Beispiel auf der Fischerinsel?

Ja, es braucht Respekt vor jeder Epoche. Es ist unsere Aufgabe, die Geschichte der Stadtgestaltung in ihrer Vielfalt der Nachwelt zu übermitteln.

Die Linkspartei möchte am liebsten keine Neubauten, die die Hochhäuser auf der Fischerinsel ergänzen.

Städtebau und Stadtplanung ist Weiterbau. So lange, wie die Zeugen der Vergangenheit da sind und sichtbar bleiben, und Ergänzungen so geplant werden, dass die Idee dieser vorhergehenden Epoche nicht völlig unsichtbar wird, finde ich es richtig, an der Stadt weiterzubauen. Alle Stadtstrukturen müssen so robust sein, dass sie es aushalten, wenn eine nächste Generation sie ergänzt.

Streitpunkt ist auch die Verschwenkung der Gertraudenstraße am Spittelmarkt. Gibt es einen Kompromiss?

Der Kompromiss ist ja schon da. In der Planung der letzten Jahre war die Verschwenkung begleitet durch eine sehr dicke Randbebauung, die tatsächlich die bestehenden Bauten in eine Art Hinter-

hofsituation gestellt haben. Das war fragwürdig. Da fehlte der Respekt.

Es bleibt also dabei: Die jetzige Gertraudenbrücke wird abgerissen, die historische ausgebaut, damit die neue Straße über die historische Brücke führen wird?

Ja, das ist nötig, um an dem neuen Spittelmarkt mehr Aufenthaltsqualität zu schaffen.

Welchen Respekt vor der historischen Brücke haben Sie, dass Sie diese aufgeben, verbreitern und verstärken wollen?

### „Mein Vorgänger Stimmann hatte eine sehr restriktive Sicht auf Architektur“

Die Hälfte bleibt ja im Original erhalten. Das sind Stadtreparaturen, die auch erlaubt sind, weil man mit der Originalsubstanz umgeht, da sie noch vorhanden ist. Überall wo das so ist in Berlin, bin ich dafür, dass man sie auch möglichst erhält.

Das spricht gegen eine Gestaltungssatzung für das Klosterviertel, das zwischen Rotem Rathaus und Altem Stadthaus wiederentstehen soll. Dort gibt es ja keine historische Substanz.

Richtig. Es braucht vielleicht Gestaltungsregeln, aber die sehen nicht genauso aus wie eine Satzung. Erwa: Welche Höfen

sollen die Gebäude haben, welche Farbigkeit wird das Quartier haben. Aber weiter wird das sicherlich nicht gehen. Wir wollen ja dort nicht das Mittelalter nachbauen, sondern Moderne zulassen. Und zeitgenössische Architektur braucht Freiheit. Es gibt andere Mittel, für eine Qualitätssicherung der Architektur.

Welche?

Durch ein Baukollegium, das Zielvorgaben formuliert und am Ende schaut, ob diese auch eingehalten werden. Das Problem einer Gestaltungssatzung ist, dass sie nicht Ziele formuliert, sondern befreit die Problemlösung. Sie lässt keine Freiheiten mehr.

Ihr Vorgänger Hans Stimmann kam ohne Baukollegium aus.

Er hatte auch eine sehr restriktive Sicht auf Architektur, eine klare Haltung, die auch nicht viel daneben zugelassen hat. Ich bin immer neugierig auf die architektonische Antwort für den jeweiligen sehr speziellen Ort. Die kann dann sehr unterschiedlich sein. Ich bin mutiger darin, mir ungewöhnliche Entwürfe anzuschauen und sie nicht abzulehnen, weil sie nicht in mein Raster passen. Ich lasse immerhin die Frage zu, dass man es anders macht, als ich es persönlich machen würde.

Stimmann formulierte mit dem Planwerk Innenstadt eine städtebauliche Vision, die Kritiker bei Ihnen vermissen.

Das Planwerk ist vielleicht eine Vision, formuliert aber trotzdem konkrete Vorga-

### WAS BAURECHT IST

**Bebauungsplan.** Um festzulegen, wie ein neues Gebäude aussieht, hat die Bauverwaltung mehrere Instrumente. Das gängigste ist ein Bebauungsplan, der festlegt, wie hoch es sein und wie viel Fläche es haben darf und wie es genützt wird (zum Beispiel als Wohngebäude).

**Gestaltungssatzung.** Sehr viel restriktiver ist eine sogenannte Gestaltungssatzung. Sie kann bis in Details vorschreiben, was Bauherren alles zu beachten haben; von der Neigung des Daches bis zu den verwendeten Baumaterialien. Solche Satzungen können sogar regeln, ob Hecken in Vorgärten erlaubt sind, oder wo die Mülltonnen zu stehen haben.

**Streit um Vorschriften.** Der Senat hat bisher Gestaltungssatzungen formuliert für den Pariser Platz und Unter den Linden. Darin wurde festgelegt, wie sich der Anteil zwischen Stein und Glas an einer Fassade zu verhalten hat, oder wie groß die Buchstaben für Leuchtreklamen sein dürfen. Beide Satzungen produzierten Streit – etwa um den Balkon vor dem Hotel Adlon. Laut Satzung nicht möglich, brauchte es erst eine Ausnahmeregelung. Die Satzung für den Pariser Platz wurde immer als zu stark empfunden – der einzige Bauherr, der sich übrigens nicht daran hielt, war der Senat selber, mit der Glasfassade der Akademie der Künste. Für die historische Mitte soll es nun eine neue Satzung geben.

**Baukollegium.** Um Qualität in der Architektur zu sichern, berief die Senatsbaudirektorin ein Baukollegium, das im Oktober zum ersten Mal tagen soll. Dem Gremium gehören neben den Berlinern Hilde Léon und Claus Anderhalten auch die Leipziger Stadtplaner Inis Reuther sowie Daniel Niggli aus Zürich und Adolf Krischanitz aus Wien an. Krischanitz kennt Lüscher bestens: Sie arbeitete einst für ihn als Architektin. oew

ben. Man kann heute jedoch nicht mehr solche Vorgaben machen, die für 15 Jahre gültig sind. Ich will solche Entwürfe nicht vorgeben, die man nach zwei oder drei Jahren wieder überarbeiten muss. Da besteht die Gefahr, dass man ein Bildern gemessen wird, die man nie umsetzen kann.

Beim Tempelhofer Feld machen Sie das. Da halten Sie an einem Konzept fest, das aus den frühen 1990er Jahren stammt.

Richtig, es handelt sich um ein Konzept, nicht mehr. Dieses Konzept gibt die richtigen Zeichen, an dieser Stelle große Freiräume zu belassen. Denn es sind die Naturräume, die in der Konkurrenz zwischen den Städten künftig eine ganz entscheidende Rolle spielen. Die Menschen wollen in der Stadt wohnen, aber in gesunden Lebensumständen, mit Grün drumherum und Zugangsmöglichkeiten zu den Flüssen und Seen. Die zentralen stadtenwicklungspolitischen Fragen der Zukunft sind: Wie können wir energieeffizient bauen? Wie können wir unterschiedliche Bevölkerungsschichten integrieren? Wie können wir eine soziale Stadt erhalten, in der die Mieten nicht hochgehen? Da ist Tempelhofer eine riesige Chance und die wichtigste stadtenwicklungspolitische Frage der Zukunft.

— Das Gespräch führte Matthias Oloew